

REPUBLIK ÖSTERREICH

XXIV. GP.-NR

14117 /AB

05. Juni 2013

Der Bundesminister für europäische
und internationale Angelegenheiten

Dr. Michael Spindelegger

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

zu 14406 /J

5. Juni 2013

GZ. BMeiA-AT.90.13.03/0037-II.4/2013

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. April 2013 unter der Zl. 14406/J-NR/2013 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „der Drohung des iranischen Außenministers Salehi und der Aktivität der iranischen Botschaft in Wien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Aussagen des iranischen Außenministers Salehi in der „Wiener Zeitung“ vom 1. März 2013 sind nicht als Drohungen gegen österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die sich mit der Politik des Iran in Europa kritisch auseinandersetzen, zu qualifizieren. Ich sehe daher keine Notwendigkeit, öffentlich auf das Interview Salehis in der „Wiener Zeitung“ zu reagieren.

Die Anwesenheit von Außenminister Salehi beim 5. Globalen Forum der VN-Allianz der Zivilisationen Ende Februar 2013 in Wien habe ich genutzt, um unmissverständlich Kritik an der besorgniserregenden Menschenrechtssituation in Iran zu üben, ob das nun die weltweit höchste pro-Kopf-Rate an Exekutionen oder die nicht hinnehmbare Verfolgung religiöser Minderheiten und regimekritischer Personen ist. Gerade um Verbesserungen für die Menschen im Iran einfordern zu können, wollen wir trotz fundamentaler Auffassungsunterschiede den Gesprächsfaden mit dem Iran nicht abreißen lassen.

./2

Zu den Fragen 3 bis 6:

Nein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lindner'.